



GdP aktiv



Gewerkschaft der Polizei (GdP) - Kreisgruppe Mannheim

**Ausgabe
06.07.2009**

Unsere Themen:

**VERWIRRUNG
Sanierung
Polizeipräsidiums
Mannheim
(Seite 1)**

**IM GESPRÄCH
„Wir bilden zum Teil
unsere Feinde aus!“
(Seite 2)**

**FÜHRUNGSWECHSEL
Neuer
Landespolizei-
präsident:
Zwischen Politik
und Polizei
(Seite 3)**

**ÖSTERREICH
Postler werden
Schreibkräfte bei der
Polizei
(Seite 4)**

**ELTERN-RATGEBER
Was kostet ein Kind?
(Seite 5)**



**16. GdP Kinder- und
Jugendfreizeit 2009**

Impressum

Herausgeber:
Gewerkschaft der Polizei Mannheim,
Vorstand, B 6, 4-5 / 68159 Mannheim,
Telefon 0621/174-4226 Fax: -3999
Email: info@gdpmannheim.de
Internet: www.gdpmannheim.de
Redaktion: Thomas Mohr



Organisieren die 16. GdP Kinder- und Jugendfreizeit 2009. v.l. **Karen Seiter** (LJ-Vorsitzende), **Sandy Ortlepp**, **Melanie Nehls** (Organisationsleitung), **Dirk Weis** und **Ioan-Roland-Endörfer** (alle GdP JUNGE-GRUPPE) *Foto: GdP*

JUNGE GRUPPE: GdP-Kinder- und Jugendfreizeit 2009

140 Kinder machen im August Ferien bei der GdP

Eberdingen. Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren, denn die 16. GdP Kinder- und Jugendfreizeit 2009 startet in knapp 4 Wochen. Etwa 140 Kinder werden vom 01.08.2009 bis 08.08.2009, im GdP Zeltlager in Markelfingen (Bodensee) ihre Sommerferien beginnen.

Das Organisationsteam der GdP „JUNGEN-GRUPPE“ hat bislang hervorragende Arbeit geleistet. Gerade deshalb sind die Plätze bei der Kinder- und Jugendfreizeit schnell vergeben. Viele Kinder waren schon in den Vorjahren dabei. Aber auch das gibt es. Eine ehemalige Teilnehmerin, die da-

mals als Kind mitgefahren ist, nimmt nun in diesem Jahr erstmals als Betreuerin an der Kinder- und Jugendfreizeit teil. Gerade das zeigt die Verbundenheit mit der Aktion unserer JUNGEN-GRUPPE der GdP Baden-Württemberg.

Auch für die diesjährige Kinder- und Jugendfreizeit hat sich das Organisationsteam um Melanie Nehls einiges Einfallen lassen. Die Teilnehmer erwartet jedenfalls eine ereignisreiche Ferienwoche bei der 16. Kinder- und Jugendfreizeit der JUNGEN-GRUPPE der Gewerkschaft der Polizei. TM

Kleine Anfrage des MdL Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE

Sanierung des Polizeipräsidioms Mannheim



Ich frage die Landesregierung:

1. Ist die Landesregierung der Meinung, dass die Sanierung des Gebäudes des Polizeipräsidioms Mannheim weiter aufgeschoben werden kann?
2. Wann werden die geplanten Umbau- und Sanierungsmaßnahmen im Altbau definitiv beginnen?
3. Wie ist der konkrete Stand der Ausschreibungen für die Umbau- und Sanierungsmaßnahmen im Altbau?
4. Wurden bereits Ausschreibungsergebnisse erzielt, wenn ja, welche und werden diese Auswirkungen auf die Kostenschätzungen haben?
5. Wie sieht der Zeitplan für die Umbau- und Sanierungsmaßnahmen im Altbau konkret aus und bis wann sollen die Maßnahmen abgeschlossen sein?
6. Wie ist der konkrete Stand von Planung und Finanzierung des Neubaus?
7. Plant die Landesregierung eine zeitliche Verschiebung des Neubaus?
8. Von welchem Finanzvolumen geht die Landesregierung beim Neubau aktuell aus?
9. Welche Vorteile werden sich mit dem Neubau für die Polizei in Mannheim ergeben?
10. Welche Synergieeffekte lassen sich durch die Bündelung von Dienststellen im Komplex L 6 erzielen?

Stuttgart, 02.07.2009

Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE

Begründung:

Seit 1996 ist bekannt, dass das Gebäude des Polizeipräsidioms Mannheim dringend saniert und umgebaut werden muss. Zudem ist seit langem vorgesehen, mit einem An- bzw. Neubau eine Vielzahl im Stadtgebiet zerstreut liegender Dienststellen im Komplex L 6 zu bündeln.

Aktuell gibt es jedoch erneut die Besorgnis, dass die zugesagten Sanierungsmaßnahmen und der An- bzw. Neubau verschoben bzw. zur Disposition stehen könnten. Mit der Kleinen Anfrage soll der konkrete Stand der Planungen erfragt werden.

Polizei: Umbau und Neubau in L 6 werden nicht mehr in einem Zusammenhang realisiert / Unruhe bei den Beamten

Verwirrung um Sanierung des Präsidiums

Quelle: Mannheimer Morgen

"Erhebliche Unruhe und Besorgnis" macht sich, so Personalratsvorsitzender Egon Manz, im Polizeipräsidium breit. Nach Beobachtungen der Beamten sind die Vorbereitungen für die Sanierung und den Anbau des Gebäudes in L 6 ins Stocken geraten. "Wir haben den Eindruck, dass man auf Zeit spielt, um dann wegen der Finanzkrise ganz von dem Projekt Abstand zu nehmen", fürchtet Manz und verweist als Beleg dafür auf ein Schreiben des Stuttgarter Finanzministers.

Minister Willi Stächele hatte an die SPD-Landtagsabgeordnete Helen Heberer geschrieben. In dem Brief heißt es, einer "zeitnahen Ausschreibung und Durchführung" der Sanierungsarbeiten stehe nichts entgegen, "sofern sich das Polizeipräsidium bereiterklärt, den Umbau auch dann mitzutragen, wenn sich die Realisierung des Neubaus verzögern sollte". Und dass sie sich verzögert, ist dem Brief auch zu entnehmen. Darin wird zwar bekräftigt, dass der Anbau "durch einen privaten Investor erstellt und vorfinanziert werden" solle. Doch müsse "noch geklärt werden", ob wegen der Finanzkrise "derzeit wirtschaftliche Angebote erzielt werden können".

Präsident weiß von nichts

Egon Manz schließt daraus, "dass man in Stuttgart möglicherweise nicht mehr gewillt ist, beide zusammenhängenden

Projekte zu realisieren". "Aber das Land steht im Wort", erinnert er an frühere Zusagen, zudem käme solch eine Baumaßnahme ja derzeit der Wirtschaft zugute, mahnt der Personalratschef.

Polizeipräsident Gerhard Klotter findet das "alles sehr verwirrend". "Ich merke nur, dass sich das Vorhaben verzögert - aber wie lange und warum, das weiß ich nicht", beklagt er. Er kenne lediglich den Brief des Ministers an die Abgeordnete, direkt habe er noch gar nichts gehört: "Offiziell weiß ich nichts" - nur, dass die Unruhe und das Rätselraten in seinem Haus zunehmen. "Die Sanierung ist dringend notwendig und kann auch nicht warten, bis der Neubau fertig ist", bekräftigt Klotter.

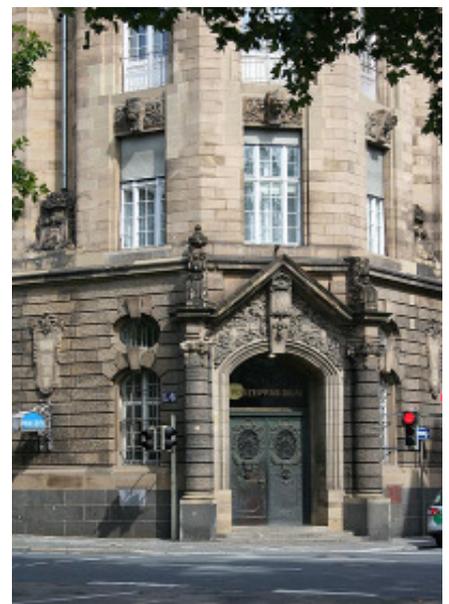
Ministerium zurückhaltend

Aus dem Finanzministerium wird dagegen versichert: "Das Land hält an den geplanten Umbau- und Sanierungsmaßnahmen am Altbau fest", so Melanie Zachmann, die Pressesprecherin des Ministers. Die Mitarbeiter könnten davon ausgehen, "dass mit den Umbauarbeiten am Altbau im vierten Quartal begonnen werden kann". Noch im April war vom Baubeginn "nach der Sommerpause" die Rede.

Zurückhaltender ist die Aussage zum Neubau. "Das Ministerium klärt derzeit,

ob und unter welchen Voraussetzungen wirtschaftliche Angebote erzielt werden können", so Zachmann.

Das Ministerium habe angenommen, dass der Neubau vor Beginn der Sanierung als Ausweichfläche zur Verfügung stehen müsse, erklärt sie den Vorbehalt: "Der besteht nach unserem Kenntnisstand nicht mehr, da der Nutzer mit einem Umbau im laufenden Betrieb einverstanden ist." Das aber steht schon sehr lange fest.





GdP Mannheim unterstützt erneut den 10. Internationalen-Marathon in Heidelberg

Der 10. Internationale Rollstuhl-Marathon 2009 und damit eine lange Phase der Planung und Organisation ist vorbei. Dieser 10. Marathon war einer der Besten, die das Organisations-Team je erlebt hat. Alle Teilnehmer sind unbeschadet ins Ziel gekommen, es gab keine Unfälle, so der Veranstalter.

„Ferner gilt ganz besonderer Dank, neben den aus aller Welt erschienenen Teilnehmern, besonders den vielen Helfern, die an dem Marathon-Wochenende ihre Freizeit zur Verfügung stellten, um dieses besondere Event in Heidelberg stattfinden zu lassen.“, so der Veranstalter.

Die GdP Mannheim unterstützte erneut die Organisatoren.

Der GdP Vorsitzende **Thomas Mohr** und sein Kollege **Felix Nothhof** fuhren ehrenamtlich mit ihren eigenen Motorrädern, als mobiler „Presse-Service“, mit. Jeweils mit einem TV-Kamera-Mann als Sozium garantierten die Hobby-Biker wackelfreie Bilder, die man ab Montag bei RNF life und beim Heidelberger TV Fernsehsender im Internet unter „www.heidelberg-hd.tv“ sehen kann.

Wir bedanken uns bei den beiden GdP-Bikern für die tatkräftige Unterstützung.



Waren flott auf der Strecke unterwegs. Thomas Mohr mit seiner BMW R80GS hier mit dem Kamera-Mann des Heidelberger TV-Sender „Heidelberg-HD-TV“

Der amtierende GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut im Gespräch mit "heute.de": "Wir bilden zum Teil unsere Feinde aus"

Berlin. "Herr Uhl verkennt die Situation in Afghanistan", sagte der amtierende Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), **Bernhard Witthaut**



(Foto), im Gespräch mit heute.de zu der Forderung des CSU-Sicherheitspolitikers, die Bundeswehr in Afghanistan durch Polizisten zu ersetzen: "Schon jetzt bilden etwas mehr als 100 Kollegen aus Deutschland in Afghanistan Polizisten aus. Das ist eine ganze Menge". Doch diese Arbeit, so Witthaut, werde durch die Situation getrübt, dass eine erhebliche Zahl der Afghanen, nach ihrer Ausbildung durch deutsche Polizisten zu den Taliban überlaufen. "Wir bilden da zum Teil unsere Feinde aus." Den Bundeswehrein-satz in Afghanistan hält Witthaut derzeit für alternativlos. "Dort herrscht eine kriegsähnliche Situation, da haben Polizisten nichts verloren. Das ist die Aufgabe von Soldaten".

Uhl hatte ein baldiges Ende des

Bundeswehr-Einsatzes in Afghanistan gefordert und der "Neuen Osnabrücker Zeitung" gesagt: "Es ist an der Zeit, die Priorität des Afghanistan-Einsatzes vom Militär zur Polizei zu verlagern." Ziel müsse ein baldiger Abzug der Bundeswehr sein, möglichst innerhalb der kommenden Jahre, sagte Uhl dem Blatt. Voraussetzung dafür sei, dass "deutlich mehr Polizisten als bisher ausgebildet werden". Um die zivile Sicherheit in Afghanistan nachhaltig zu verbessern, sei die Schulung von "mindestens 4000 afghanischen Polizisten pro Jahr nötig. Dazu müsse die Zahl der deutschen Polizei-Ausbilder ver-

doppelt werden, sagte Uhl. Widerspruch erhob indes auch Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier.

Der SPD-Kanzlerkandidat lehnte eine Debatte über einen Abzugstermin der Bundeswehr aus Afghanistan ab. Die Afghanen müssten in die Lage versetzt werden, für ihre eigene Sicherheit zu sorgen, erst dann könne die Bundeswehr zurückgezogen werden, sagte Steinmeier am Freitag im Deutschlandradio Kultur. Jetzt eine "kopflose Ausstiegsgespräch" zu führen, halte er für "unverantwortlich".



Landespolizeipräsident: Erwin Hetger im Ruhestand / Rech führt Nachfolger ins Amt ein

Zwischen Politik und Polizei

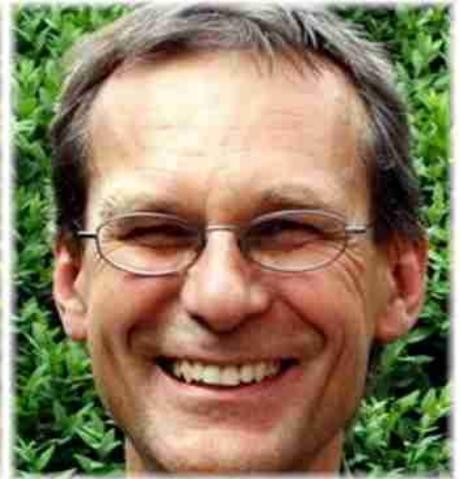
Quelle. Mannheimer Morgen

Stuttgart. Innenminister Heribert Rech (CDU) hat gestern in Stuttgart Landespolizeipräsident Erwin Hetger nach 19-jähriger Amtszeit in den Ruhestand verabschiedet. Nachfolger ist Wolf-Dietrich Hammann. Der 54-Jährige war zuletzt Vizepräsident im Regierungspräsidium Tübingen. Als "vorbildliche Führungskraft" würdigte Rech den neuen Chef der 30.000 Polizisten in Baden-Württemberg, und der schwärmt von seinem "Traumjob".

Mit Hammann wird ein neuer Wind wehen. Schwierige Personalprobleme löst er gerne im Kaffeehaus. Er habe schon viele Hundert Brezeln spendiert, erzählt er. Viele Gespräche will er auch im neuen Amt führen, das ist für ihn "das A und O einer Führungskraft".

Neuer Führungsstil

Hammann wird als kollegial und offen beschrieben. Er gibt sich sportlich und locker. Dass ein Spitzenbeamter viele Jahre Ente fährt, sagt viel über den Typ. Als Hobby sammelt er Motorräder, am liebsten fährt er mit seiner Boxer-BMW, Baujahr 1973. Der Unterschied zum Vorgänger könnte kaum größer sein. Hetger, den Rech gestern als Antreiber lobte, trat meist spröde und bedächtig auf. Die Wahl des gelernten Juristen Hammann kam für viele Polizeileute überraschend. Lange galt Klaus Hiller, der Präsident des Landeskriminalamtes, als Favorit für den Job an der Nahtstelle zwischen Politik und Polizei. Doch bei der Wattenstücken-Panne und der Suche nach dem "Phantom von Heilbronn" machte Hiller dann keine glückliche Figur. Fremd ist dem neuen Chef das Arbeitsgebiet keineswegs. Seine erste Stelle nach dem Studium war 1986 bei der Landespolizeidirektion Tübingen. Später war er Sprecher im Umweltministerium, Lehrbeauftragter an der Polizeihoch-



Erwin Hetger (links) war 19 Jahre Landespolizeipräsident und geht nun in den Ruhestand. Sein Nachfolger **Wolf-Dietrich Hammann** (rechts) gilt als „Vorbildliche“ Führungskraft, so Innenminister Heribert Rech.

schule in Villingen-Schwenningen und Abteilungsleiter im Regierungspräsidium Tübingen. "Die Verbundenheit zur Polizei zieht sich wie ein roter Faden durch die Karriere", warb Rech bei der Amtseinführung für den Neuen.

Die Besetzung von außen dürfte sich Rech genau überlegt haben. Die Aufarbeitung der Polizeiarbeit beim Amoklauf von Winnenden und Wendlingen ist noch keineswegs abgeschlossen. Nicht nur da wurde dem Minister eine zu große Vertrauensseligkeit unterstellt. Auch beim Streit um ungenehmigte Nebentätigkeiten badenwürttembergischer Polizisten ausgerechnet beim libyschen Diktator Gaddafi vermisste die Opposition die kritische Distanz des Ministers zum Aparat.

Gespür für den Kompromiss

Der neue Polizeipräsident wurde 1955 in Erbach (Alb-Donau-Kreis) geboren. Aufgewachsen ist er auf einem Bauernhof, weil sein Vater Gutsverwalter war. Mit 16 machte Hammann die Mittlere Reife und absolvierte eine Ausbildung in der Verwaltung. Später war er selbst

Leiter der Verwaltungsschule Haigerloch, die als Kaderschmiede gilt.

Oft hat Hammann sein Gespür für tragfähige Kompromisse bewiesen. Als Leiter der Abteilung Umwelt im Regierungspräsidium schwor er 30 Gemeinden auf das Biosphärengebiet Schwäbische Alb ein. Er fand einen Konsens zwischen völlig zerstrittenen Kletterern und Naturschützern im Donautal.

Seine Hartnäckigkeit in der Sache kann Hammann im neuen Amt gut gebrauchen. Denn die Stimmung in der Polizei ist wieder einmal eher schlecht. Die Beamten klagen über zunehmende Aufgaben bei gleichzeitigem Personalabbau. Nach einer kurzen Einarbeitung wird Hammann erst einmal per Schiff nach Amerika reisen. Die Reise hat er schon vor einem Jahr gebucht.

Bei der Verabschiedung- und Amtseinführung war unser **GdP Landesvorsitzender Rüdiger Seidenspinner**, der dem neuen Landespolizeipräsidenten persönlich zur Amtseinführung gratulierte.

Beide treffen sich demnächst zum ersten Gespräch.

Gefunden in „heute.at“ Rubrik: POLITIK in ÖSTERREICH

Postler werden Schreibkräfte bei der Polizei

Die Stimmung in der Exekutive ist seit Jahren getrübt. Einsparungen, Überstunden und Freunderlwirtschaft brachten die Beamten an den Rand der Verzweiflung, etliche Polizisten wechselten in die Privatwirtschaft. Nun soll eine ungewöhnliche Maßnahme der Exekutive helfen: Postler sollen den Papierkram erledigen. Freiwillig.

Unter dem damaligen Innenminister Ernst Strasser wurde die Polizeireform noch hoch gelobt – heute fällt sie den Beamten auf den Kopf: Einsparungen machten Spitzenbeamte zu Bürohengsten, Parteibuchwirtschaft bereitete den Boden für



Neid und Missgunst – während die Kriminalitätsrate explodierte. Nun soll Abhilfe geschaffen werden:

Beamtenministerin Heinisch-Hosek, Finanzminister Pröll und Innenministerin Fekter wollen bis Ende Sommer ein Konzept

auf den Tisch legen, um die Personalnot zu beheben. 1200 Post- und Telekom-Mitarbeiter sollen ins Innenministerium wechseln, um den Top-Polizisten Verwaltungsarbeit abzunehmen.

„Die Freiwilligkeit ist ein grundlegendes Element“, beharrt Gewerkschafter Martin Palensky. „Stimmen die Bedingungen, sind zahlreiche Postler bereit dazu.“ Schon in der Vergangenheit sind Telekom-Mitarbeiter ins Finanzministerium zur KIAB (Truppe gegen Schwarzarbeit) gewechselt.

Quelle: „heute.at“

Nur eine geringe und teilweise gar keine Mitsprache. Die führenden Vorbereiter dieser Reform (Team 04) waren ausschließlich leitende Gendarmeriebeamte, die ihre Schäfchen ins Trockene brachten und in der Folge dann ihre Zugehörigkeit zu diesem Team für sich ausnutzten und einen Großteil der zu verteilenden Schlüsselpositionen für sich lukrierten. So sind die z.B. acht von neun Landespolizeikommandanten (und auch der Cobra-Kommandant) ehemalige Gendarmen mit dem richtigen Parteibuch. Diese Reform-Vorbereiter hatten vom Polizeidienst in der Großstadt so gut wie keine Ahnung und nun versucht man, das ganze Desaster mit der Demotivation von Polizisten zu erklären. Überdies wurden hervorragende Beamte in die Wüste geschickt, nur weil sie nicht schwarz waren.

Enthüllt: Ein hoher Polizeibeamter hatte sich an „Heute“ gewendet und exakt geschildert, warum die Polizei Probleme hat

Personelle Veränderung auf der GdP Landesgeschäftsstelle

Eberdingen-Hochdorf: Am 01. Juli hatte unsere neue Kollegin, Frau Dächner (auf Foto links) ihren ersten Arbeitstag auf der GdP Geschäftsstelle. Die gelernte Rechtsanwaltsgehilfin wird künftig mit der GdP Rechtsanwältin Sandra Damm in der GdP Rechtsabteilung arbeiten. Der GdP Landesvorsitzende Rüdiger Seidenspinner begrüßte Frau Dächner in der großen GdP Familie. Gleichzeitig verabschiedete er unsere Kollegin Melanie Kühnle (auf Foto rechts) in den Mutterschutz und wünschte ihr für die bevorstehende Geburt alles Gute.



Eltern Ratgeber: Juni 2009

Was kostet ein Kind?

Quelle.: T-Online

Die Entscheidung für ein Kind sollte nicht vom Geldbeutel abhängen. Doch eine vernünftige Planung der Ausgaben für den Nachwuchs schützt vor bösen Überraschungen. Immerhin rund 120.000 Euro geben Eltern im Schnitt bis zur Volljährigkeit für ihre Kinder aus, haben Experten errechnet. Das Zahlen fängt bei der Erstausrüstung für das Baby an und hört bei Ausbildungskosten in der Regel noch lange nicht auf. Womit müssen Eltern rechnen?

Ausgaben für ein Kind

Insgesamt 120.000 Euro in der Durchschnittsfamilie bis zum 18. Lebensjahr. Bei Baby und Kleinkind sind die Kosten noch deutlich geringer als bei den Schulkindern und den Teenagern, wie die Tabelle zeigt.

Altersgruppe	Monatliche Ausgaben	Insgesamt
Baby und Kleinkind (0-6 Jahre)	468 Euro	33696
Schulkinder (7-12 Jahre)	568 Euro	40896
Teenager (13-18 Jahre)	655 Euro	47160
durchschnittlich	549 Euro	

Die wichtigsten Posten

Den größten Posten machen die Wohnkosten aus, gefolgt von Lebensmitteln. Für eine gesunde Ernährung, so kritisieren viele Experten, reicht diese Summe nicht aus. Eltern müssten noch mal 50 Prozent drauflegen. Die Freizeitgestaltung nimmt im Durchschnitt den dritten Platz der Ausgabenposten ein. Ein Grund sind teure technische Geräte wie Computer und Spielkonsolen. Auf Rang vier folgen die Kosten für Bekleidung.

Kosten hängen vom Alter und Status ab

Aus den jüngsten Zahlen des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden geht hervor, dass die deutsche Durchschnittsfamilie Monat für Monat 549 Euro pro Kind ausgibt. Veröffentlicht wurden die Daten 2003. Das sei allerdings nur ein Anhaltspunkt, erläutert Reiner Hardt, Leiter des Beratungsdienstes "Geld und Haushalt" des Sparkassenverbands in Berlin: "Wie viel Geld ein Kind tatsächlich kostet, hängt vom Alter und vom wirtschaftlichen und sozialen Umfeld ab." Ein bestimmender Faktor ist das Einkommen der Eltern. So wenden Geringverdiener mit einem Haushalts-Nettoeinkommen von bis zu 1717 Euro laut der amtlichen Statistik durchschnittlich 325 Euro für ein Kind auf. Bei gut verdienenden Paaren mit einem Einkommen von mehr als 5427 Euro steigen die Ausgaben auf 862 Euro. Hat ein Kind zwei oder mehr Kinder, sinken die Kosten je Kind leicht. Im Durchschnitt geben Familien mit 2 Kindern 474 Euro pro Monat aus, bei Familien mit 3 Kindern sind es 452 Euro. Alleinerziehende geben nur geringfügig weniger



Laden oder auf dem Basar zu kaufen - sie werde häufig nur kurz getragen. Das werde mit zunehmendem Alter der Kinder schwieriger, räumt der fünffache Familienvater ein: "Ein 15-Jähriger wird sich damit nicht abfinden."

„Große Kinder - große Sorgen“

Nicht nur deswegen steigen die Ausgaben für Kinder mit zunehmendem Alter, hat die Redaktion der Zeitschrift "Guter Rat" mit Sitz in Berlin ausgerechnet: Während Kinder bis zum Alter von 6 Jahren durchschnittlich 33.552 Euro kosten, sind es in der Phase vom 13. bis zum 18. Lebensjahr 47.232 Euro. "Hier bewahrheitet sich mal wieder der Spruch: Kleine Kinder - kleine Sorgen. Große Kinder - große Sorgen", schlussfolgert Stresing. Kostentreiber, insbesondere in der letzten Phase bis zur Volljährigkeit, sei auch der Konsumdruck, dem Kinder und deren Eltern oft ausgesetzt sind. Es müssten aber nicht immer Markenklamotten sein, findet Hardt. Wer es schafft, sich davon zu befreien, hat es gut: "Dann ist es auch finanziell kein Problem, Kinder zu haben."

Für später etwas zurücklegen

Manche Eltern empfinden es so, dass die Kinder ihnen die Haare "vom Kopf fressen". Experten raten aber, trotz aller regelmäßigen Etatbelastungen auch für später etwas zurückzulegen: "Man sollte auf jeden Fall frühzeitige Vorsorge treffen für die Ausbildung", rät Reiner Hardt vom Beratungsdienst "Geld und Haushalt". Unerlässlich sei auch die Absicherung für den Fall, dass der Hauptverdiener ausfällt - das leiste zum Beispiel eine Risikolebensversicherung.

Informationen

Eine kostenlose Budgetanalyse können Familien unter www.geldundhaushalt.de erstellen lassen. Hier gibt es auch Publikationen und Rechenhilfen. In der Rubrik "Tipps" findet sich die Aufstellung über die Kosten für die Erstausrüstung.

Ausleihen oder Second-Hand?

Allein für die Baby-Erstausrüstung haben die Experten von "Geld und Haushalt" Kosten von rund 3000 Euro errechnet - von der Steckdosensicherung für einen Euro bis zum Kinderwagen zu Preisen ab 200 Euro. Eltern können schon zu diesem Zeitpunkt mit dem Sparen anfangen, empfiehlt Hardt. Alte Tugenden machen sich bezahlt: "Man sollte sich überlegen, ob man Dinge wie einen Kinderwagen ausleihen oder aus zweiter Hand kaufen kann."

Betreuungs- oder Ausbildungskosten nur bedingt beeinflussbar

Wird das Kind älter, entfällt etwa die Hälfte der Aufwendungen für sogenannte "sächliche Ausgaben" - also für Nahrung und Kleidung. Der Rest seien Ausgaben für Betreuung, Erziehung und Ausbildung, wie Siegfried Stresing, Geschäftsführer des Deutschen Familienverbandes in Berlin, erklärt. Die Betreuungs- oder Ausbildungskosten können Eltern meist nur bedingt beeinflussen. An Lebensmitteln und Kleidung lässt sich allerdings sehr wohl sparen, sagt Stresing. Preisvergleiche helfen. "Und es ist nichts dagegen einzuwenden, im Discounter einzukaufen." Er rät außerdem, Kinderkleidung im Second-Hand-